

Mit Bürgerbegehren Atomstrom abwehren BEISPIEL 8

- ▶ **THEMA** Energieversorgung
- ▶ **ERGEBNIS** E.ON gibt nach
- ▶ **BETEILIGUNG** 11 Gemeinden
- ▶ **DATUM** Herbst 2000 bis August 2001
- ▶ **KOORDINIERTER AKTION VON 11 BÜRGERBEGEHREN**

11 Bürgerbegehren gegen Stromkauf vom „Schrottreaktor“ Temelin

▶▶ Alle gegen einen:

Seit 9. Oktober 2000 läuft der grenznahe tschechische Atomreaktor Temelin im Probetrieb.

Nach inzwischen über 40 Störfällen haben vor allem die Bewohner Ostbayerns Angst vor einer atomaren Katastrophe. Doch was tun, wenn das Übel nicht einmal im eigenen Lande liegt?

Eine konzertierte Aktion von 11 Bürgerbegehren demonstrierte, wie man mit einem kommunalen Mitbestimmungsinstrument auf Gefahren jenseits der Grenzen reagieren und damit sogar einen „Global Player“ in die Knie zwingen kann.

Christine Ackermann
40 Jahre
Fachlehrerin, Stadträtin
Landshut

„Für mich als Mutter von zwei Kindern ist das Bürgerbegehren die einzige Möglichkeit, persönlich etwas gegen diesen ‚Wahnsinns-Reaktor‘ in Temelin zu unternehmen. Ich kann nicht tatenlos zusehen und nur hoffen, dass nichts passiert.“



Claudia Jößberger
38 Jahre
Kaufmännische Referentin,
Stadträtin
Würzburg

„Auch Würzburg wäre bei einem Störfall massiver radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen. Das konnte ich nicht zulassen.“



Reinhard Ebert
39 Jahre
Dipl.-Ing. Nachrichtentechnik (FH), Kreisrat
Gunzenhausen

„Was kann zufriedener machen als das unzweifelhafte Wissen, sich aktiv für die Zukunft unserer Kinder, ja der ganzen Schöpfung eingesetzt zu haben?“



Frank Höppel
31 Jahre
Physiotherapeut
Erlangen

„Der Zuspruch war enorm – mindestens 80 % aller Angesprochenen haben unterschrieben.“



Klaus Bucher
35 Jahre
Dipl.-Wirtschaftsingenieur (FH), selbstständig, Kreisrat
Cham

„Keiner im Stadtrat und bei den Stadtwerken hat unsere Angst vor Temelin ernst genommen. Die haben nur daran gedacht, den Strom so billig wie möglich zu bekommen. Und dann hatten wir innerhalb von wenigen Wochen ohne großen Aufwand die nötigen Unterschriften zusammen. Seitdem nehmen sie uns ernst.“



Klaus Mrasek
38 Jahre
Polizeihauptkommissar,
Polizei-Fachlehrer,
ödp-Bezirks- und Kreisvorsitzender, Stadtrat
Amberg

„Anfangs hat jeder gesagt: ‚Gegen Temelin kann man eh nichts machen. Die E.ON-Bosse tun, was sie wollen.‘ Aber unser Bürgerbegehren war keine unverbindliche Meinungsumfrage. Jede Unterschrift wirkte als unmittelbare politische Entscheidung. Diesem Druck musste sich E.ON beugen. Für alle Beteiligten ein herrliches Gefühl.“



Mechthild von Walter
46 Jahre
Studienrätin a.D., Stadträtin
München

„Temelin? Eine Frechheit! Aber das Volk wird auch frech – wir lassen uns nicht mehr alles gefallen.“



Oliver Kammann
33 Jahre
leitender Angestellter
Regensburg

„Alle Macht geht vom Volk aus, auch zwischen den Wahlen. Beim wichtigen Thema ‚Temelin‘ hat das die Bevölkerung gegen die Befangenheit der Politiker und gegen den Druck von Großkonzern-Interessen eindrucksvoll unter Beweis stellen können.“



Manja Schwien
29 Jahre
Juristin
Nürnberg

„Nürnberg wäre nach einer atomaren Katastrophe in Temelin radioaktiv verstrahlt und für eine lange Zeit unbewohnbar. Ich meine, unsere Stadtwerke dürfen keine Geschäfte mit Konzernen machen, die für ihren Profit unsere Sicherheit gefährden.“



Maria Stauber
44 Jahre
Erzieherin, Stadträtin
Straubing

„Wenn die Kunden in ganz Bayern sagen: ‚Mit uns, E.ON, machst du dieses Spiel nicht – wir wollen keinen Schmutzstrom aus Temelin‘, dann muss dieser Konzern seine Vorgehensweise ändern. Und weil das nicht leicht sein wird, muss der Druck mittels Bürgerbegehren massiv werden!“



„Global Player zur Umkehr bewegt“

Wir fragten Urban Mangold, der die von der ödp getragene Aktion erdnen und koordiniert hat.

Mehr Demokratie:
Wieso sollten eigentlich ausgerechnet kommunale Bgrgerentscheide Temelin abschalten helfen?

Mangold:
Mir ist das bei einer ausgedehnten Wanderung im Bayerischen Wald eingefallen. Gegen einen Kontrahenten auerhalb Deutschlands kann man die Menschen schwerer mobilisieren, weil der richtige Ansatzpunkt fehlt. Es ist aber bekannt, dass der E.ON-Konzern einen Stromlieferungsvertrag mit dem Temelin-Betreiber CEZ hat. Auerdem beziehen die Stadtwerke Passau, in deren Aufsichtsrat ich als ödp-Stadtrat sitze, genau wie viele andere Stadtwerke, Strom von E.ON. Ich hatte dann zunchst beantragt, diesen Vertrag zum nmchstmöglichen Zeitpunkt zu kndigen, falls E.ON weiterhin Strom vom Temelin-Betreiber CEZ bezieht. Erwartungsgemäß gab es dafr nur zwei Befwrter. Kurz darauf habe ich dann die zeitgleiche Einleitung der Bgrgerbegehren mit den ödp-Aktiven in Passau und in 10 weiteren Stdten angestoen.

Mehr Demokratie:
Gab es da nicht juristische Probleme bei Stadtwerken mit privatrechtlicher Rechtsform?

Mangold:
Ja, bei Stdten, die als Stadtwerke keinen Eigenbetrieb, sondern eine GmbH hatten, haben wir nach eingehender juristischer Beratung (durch RA Andreas Meisterer) eine zweistufige Bgrgerbegehrensfrage ausgearbeitet: Die erste Stufe sollte den verlorenen demokratischen Einfluss der jeweiligen Stadt zumindest bei Grundsatzentscheidungen der Versorgungsbetriebe wiederherstellen. Die zweite Stufe der Frage zielte dann darauf ab, eine solche Grundsatzentscheidung gegen die Zusammenarbeit mit E.ON zu treffen und festzuklopfen. Grundsätzlich behindert die Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf kommunale, aber privatrechtlich organisierte Unternehmen eine wirkungsvolle Bgrgerbeteiligung, weil dann wichtige Entscheidungen der öffentlichen Debatte entzogen und in geheim tagenden Aufsichtsräten beraten werden.

Urban Mangold



Urban Mangold, 40 Jahre ödp-Landesgeschäftsführer, Stadtrat in Passau
„Man kann mit Bgrgerbegehren einen Mega-Konzern zum Kurswechsel zwingen, auch das ist ein erfreuliches Signal dieses Projektes. Wenn man bedenkt, dass sich die Herrschaften in der E.ON-Konzernzentrale anfangs noch über die Unterschriftensammlung lustig machten, war das Ergebnis ein auergewöhnlicher Erfolg.“

Mehr Demokratie:
Wie haben Sie Ihr Anliegen an die Öffentlichkeit gebracht?

Mangold:
Die Unterschriftenlisten lagen in den Geschäften aus, wir haben in den Fußgängerzonen gesammelt und die örtlichen Medien berichteten ausführlich über die Aktion. Auerdem hatten wir einen guten Titel für das Bgrgerbegehren: „Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus!“. Schon dieser Titel signalisierte: Jeder kann mitreden, durch seine Unterschrift Schmutzstrom verweigern und auch unseren eigenen Stadtwerken die rote Karte zeigen.

Mehr Demokratie:
Wie viel Zeit haben Sie in das Projekt investiert?

Mangold:
Das kann ich gar nicht mehr sagen. Es haben viele Menschen in allen beteiligten Stdten sehr viel Freizeit geopfert. Aber nicht ungen!

Mehr Demokratie:
Ist Ihnen die Organisation gut von der Hand gegangen? Würden Sie beim nächsten Mal etwas anders machen?

Mangold:
Ich würde es wieder genauso anpacken. Zusammen mit meinen Mitarbeitern habe ich da ja inzwischen etwas Routine, nachdem ich für die ödp schon die Volksbegehren zur Abschaffung des Senats, zur Landtagsverkleinerung und das Volksbegehren zur Streichung der fünf zusätzlichen bayerischen Atomkraft-Standorte organisiert habe. Mir ist bei all diesen Projekten immer wieder klar geworden: Allein die schlichte Existenz direktdemokratischer Instrumente zwingt die Regierungen und Parteien schon zu Zugeständnissen.

Mehr Demokratie:
Hat sich der Umgang der Politiker mit den Brgern vor Ort durch das Instrument Bgrgerbegehren verän-



Werbung verballhornt: Statt „Mein E.ON steht mir gut“ schwört das als „Veronika-Verres-Double“ präsentierte Gerippe auf Temelin-Strom. Der herbe Gag schaffte es in etliche Zeitungen. Nur den Augenaufschlag muss das Double noch etwas üben...

der? Gab es Streit oder „böses Blut“ in der Brgerschaft?

Mangold:
In der Brgerschaft überhaupt nicht. Die haben mit Begeisterung mitgemacht. Ausgenommen die Belegschaft der Stadtwerke, denen wohl von der Geschäftsleitung geraten wurde, nicht zu unterschreiben. Weil er wirtschaftliche Nachteile durch den Konflikt mit E.ON befürchtete, hat mich außerdem der Stadtwerke-Betriebsratsvorsitzende öffentlich aufgefordert, mein Aufsichtsratsmandat niederzulegen. Aber ich denke natürlich nicht daran, weil ich dort meinen Teil zur Energiewende beitragen kann. Im Passauer Stadtrat war der Zorn vielen anzumerken. Aber natürlich hat keiner gewagt, sich zu „outen“ und offen für Temelin Position zu beziehen.

Mehr Demokratie:
Hat sich Ihr Einsatz gelohnt?

Mangold:
Das denke ich wohl. Auf dem Höhepunkt der Aktion vollzog der von uns als „Schmutzstromimporte“ gebrandmarkte E.ON-Konzern eine Kehrtwendung und kündigte im August 2001 den Stromlieferungsvertrag mit CEZ. Damit hatten sich die Begehren aus unserer Sicht „erfolgreich erledigt“ und konnten daher – in unterschiedlichen Verfahrensstadien – zurückgezogen werden. Erstmals wurde so mit einer koordinierten Bgrgerbegehrensaktion ein „Global Player“ in die Knie gezwungen.

Mindestens genauso bedeutend ist: Die tschechische Regierung will CEZ samt Temelin verkaufen. Die Bgrgerbegehren und der dadurch ausgelöste öffentliche Druck haben jedoch maßgeblich dazu beigetragen, dass der

tschechische Staatskonzern CEZ auf dem Markt niedriger bewertet wird und Temelin zum Ladenhüter geworden ist. Damit steigt auch die Chance, dass sich Tschechien doch noch auf Stilllegungshilfen der EU einlässt. Inzwischen (Stand Feb. 2003) ist bereits die dritte CEZ-Privatisierungsrunde an überhöhten tschechischen Preisvorstellungen gescheitert, aber auch weil die Investoren gravierende Image- und Marketing-Probleme auf dem Strommarkt befürchten. Diese Furcht ist berechtigt und auch ein Ergebnis unserer Bgrgerbegehren. Während bei reinen „Bad-Image“-Kampagnen nur private Haushalte dazu bewegt werden, den Versorger zu wechseln, brechen den Stromkonzern

nen bei entsprechenden Bgrgerentscheiden jeweils ganze Städte oder Regionen weg – Verluste, die auch „Shareholder-Value“-orientierte Großkonzerne nicht einfach so wegstecken können.

Es war also in jedem Fall schon mal ein Teilerfolg und wir haben den Grund zur Hoffnung gemehrt, dass Temelin letztlich stillgelegt wird. ■

Kontakt
Urban Mangold
Telefon 0851-93 11 31
E-Mail Urban.Mangold@oedp-bayern.de

Mehr Demokratie rät !

Bei vermeintlich rechtlich unzulässigen Bgrgerbegehren: Nicht aufgeben!

Gerade beim Durchgriff auf gemeindeeigene Energieversorgungsunternehmen hat sich gezeigt, dass Bgrgerbegehren auch schwierige rechtliche Fallgestaltungen in den Griff bekommen können. Nachdem die Energieversorgungsunternehmen im obigen Fall oftmals als selbstständige juristische Personen (GmbH, AG) ausgestaltet waren, musste zunächst durch einen Auftrag an den Gesellschafter – die Gemeinde – die Möglichkeit eröffnet werden, die betreffende Satzung der Gesellschaft zu ändern. Dann kann in einem zweiten Schritt der eigentliche Gesellschaftsbeschluss gefasst werden. Die beiden Fragen konnten allerdings in einem Bgrgerbegehren verknüpft werden. Ein derartiges Vorgehen in mehreren, aufeinander aufbauenden Schritten kann oftmals noch zum Ziel führen, auch wenn auf den ersten Blick die Möglichkeiten gering sind oder von der Gemeinde oder Stadt die Auskunft kommt, eine direkte Lösung sei nicht möglich. Hier hilft nur die juristische Auseinandersetzung im Detail und das Motto „Nicht aufgeben!“.

